



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 18.09.08

Bettina Hagedorn: CDU-Wirtschaftsministerium torpediert Erdkabelpassage im Bundesrat

In einem gemeinsamen Brief fordern die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten heute Ministerpräsident Carstensen zu einem eindeutigen Bekenntnis PRO Erdkabel im Bundesrat auf. Wie die Abgeordneten erfuhren, hatten die CDU-geführten Ministerien für Wirtschaft und Umwelt für Schleswig-Holstein in verschiedenen Bundesratsausschüssen zum Gesetzentwurf für die Beschleunigung des Netzausbaus Anfang September gegensätzlich abgestimmt und damit in Berlin für allgemeines Unverständnis gesorgt, denn das Energieleitungsausbaugesetz ist mit seinen Passagen zum Erdkabel eindeutig auf die Interessen Schleswig-Holsteins fokussiert. Mit Entsetzen haben die SPD-Bundestagsabgeordneten zur Kenntnis genommen, dass Schleswig-Holstein sich in der Schlussabstimmung im Bundesrat am 19. September enthalten will, und fordern Ministerpräsident Peter Harry Carstensen unmissverständlich auf, von seiner Richtlinieinkompetenz Gebrauch zu machen.

Bettina Hagedorn, Abgeordnete aus Ostholstein und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, dazu: "Das bisherige Abstimmungsverhalten ist vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte im Bundestag auf maßgebliche Initiative Schleswig-Holsteiner Bundestagsabgeordneter, im Hinblick auf die Ziele des Gesetzes PRO ERDKABEL im Interesse der Windkraftwirtschaft und der Kommunen speziell an Nord- und Ostseeküste und im Hinblick auf die Erreichung der Klimaschutzziele

im Norden nicht nachvollziehbar – kurz und knapp: eine Enthaltung der Landesregierung wäre GEGEN das Interesse des Landes gerichtet."

Der "Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze" liegt vor allem im ureigensten Interesse der Regionen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Steinburg-Dithmarschen und Ostholstein-Lübeck, die im Hinblick auf die Strecken Flensburg-Breklum, Heide-Pöschendorf und Göhl-Lübeck maßgeblich betroffen sind. Einen schnellen Ausbau des 110-kV-Netzes an den Küsten fordern auch die Windmüller, deren Einnahmen weg brechen, wenn ihre Anlagen – wie bereits gerade in Nordfriesland permanent zu beklagen ist - sogar bei gutem Wind wegen Netzengpässen abgeschaltet werden müssen. Insbesondere sind die Standortkommunen in überwiegend strukturschwacher Region, für die die Gewerbesteuer der Windmüller längst die wesentliche Einnahmequelle darstellt, bei zunehmenden Abschaltungen von erheblichen Einbrüchen bei der Gewerbesteuer bedroht. Wie der Bundesverband der Windenergie Ende August zuverlässig ermittelte, lag 2007 das jährliche Gewerbesteueraufkommen bei knapp 36,4 Mio. Euro. Seit Beginn der Entwicklung der Windenergie bis heute wurden in Schleswig-Holstein fast 3 Mrd. Euro investiert.

Hagedorn abschließend: "Die maßgeblich vom federführenden Wirtschaftsressort in Kiel betriebene Torpedierung einer gesetzlichen Begünstigung des Erdkabelausbaus ist zwar im Interesse der großen Energiemonopolisten und Kraftwerksbetreiber in Deutschland sowie dem in Schleswig-Holstein zum Netzausbau verpflichteten Unternehmen E.On-Netz, aber es ist gegen die Interessen des Landes als innovativer Wirtschafts- und Technologiestandort im Bereich der Erneuerbaren Energien mit tausenden von Arbeitsplätzen und gegen die Erreichung der Klimaschutzziele und die Sicherung des Energiestandortes des Landes. Um seine Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen, fordern wir Herrn Carstensen daher auf, morgen im Bundesrat aktiv für die Beschleunigung des Netzausbaus einzutreten."